

A1

# Antrag

**Initiator\*innen:** Landesausschuss (dort beschlossen am: 19.11.2022)

**Titel:** **Berlin hat die Wahl zu funktionieren - Die Zeit ist reif für ein Update**

---

## Antragstext

1 Über die Berliner Verwaltung wird seit Jahrzehnten lebendig und vielfältig  
2 diskutiert. Es gibt  
3 zahlreiche Vorschläge, die der Verwaltung Beine machen sollen: Vorschläge für  
4 mehr Effizienz in der Bearbeitung von Anliegen der Stadtgesellschaft und für  
5 eine bessere Umsetzung politischer Ziele.

6 Eins haben sie alle gemein: Sie haben bisher nicht den gewünschten Effekt  
7 gebracht. Dass Berlin nicht in der Lage war, eine Wahl ordnungsgemäß  
8 durchzuführen, ist der Höhepunkt und sollte allen klar machen: Die Zeit ist reif  
9 für ein Update unter einer neuen Führung!

10 Ein großes Problem sind ineffiziente Strukturen und unklare Zuständigkeiten -  
11 das berüchtigte Behörden-Ping-Pong, in dem sich viel zu oft niemand wirklich  
12 verantwortlich fühlt. Die Berliner\*innen merken dies, wenn sie einen Termin beim  
13 Bürgeramt brauchen, wenn sie auf dem Amt eine Geburtsurkunde beantragen wollen,  
14 oder sich mal wieder keine Stelle zuständig sieht, den Müllhaufen auf der Straße  
15 zu entfernen.

16 Bündnis 90/Die Grünen haben einen Plan für eine grundlegende Reform der Berliner  
17 Verwaltung. Unser Ziel ist eine klare Aufgabenverteilung und  
18 Finanzierungsverantwortung, ein Klärungs- Mechanismus gegen "Behörden-Ping-  
19 Pong", die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und Bürger\*innenservice und  
20 eine konsequente gesamtstädtische Steuerung über alle Politik- und  
21 Querschnittsfelder.

22 Auch die vielen motivierten und guten Mitarbeiter\*innen der Verwaltung leiden  
23 darunter, wenn sie das Gefühl haben, mit ihrer Arbeit nicht die möglichen  
24 Ergebnisse und Ziele zu erreichen. Dies nehmen wir nicht länger hin.

25 Wir wollen daran arbeiten, dass Berlin endlich wieder funktioniert. Denn gerade  
26 in einer Zeit der fortwährenden Krisen ist es entscheidend, dass sich unsere  
27 Stadt auf eine starke und handlungsfähige Verwaltung verlassen kann. Dafür  
28 schlagen wir fünf Leitlinien vor.

29 Vom Plan in die Tat: Gemeinsam, gesamtstädtisch, grün!

### 30 **1) Klare Aufgabenverteilung - Transparenz und Finanzierungsverantwortung statt** 31 **undurchsichtiger Bürokratie**

32 Wir schlagen folgende Grundsätze für eine neue und transparente  
33 Aufgabenverteilung für die Berliner Verwaltung vor: Die Senatsverwaltungen  
34 sollen sich künftig auf die ministeriellen, strategischen und gesamtstädtischen  
35 Steuerungsaufgaben fokussieren. Landes- und Bezirksämter nehmen operative  
36 Aufgaben wahr.

37 Die Unterscheidung von staatlichen und gemeindlichen Aufgaben macht transparent,  
38 welche  
39 Aufgaben grundsätzlich von der Hauptverwaltung bzw. den Bezirksverwaltungen  
40 wahrgenommen werden. Um eigentlich gemeindliche Aufgaben im gesamtstädtischen  
41 Interesse zentral zu bündeln, können diese auch in die Verantwortung der  
42 Hauptverwaltung gezogen werden. Die gemeindlichen Aufgaben in der Verantwortung  
43 der Hauptverwaltung erlauben es, im gesamtstädtischen Interesse Aufgaben auf der  
44 Landesebene zu bündeln. Die Übertragung staatlicher Aufgaben an die  
45 Bezirksverwaltungen hingegen ermöglicht unter Berücksichtigung der Größe Berlins  
46 eine dezentrale Aufgabenwahrnehmung unter einer Fachaufsicht der  
47 Senatsverwaltungen.

48 Mit den „Querschnittsaufgaben“ schaffen wir eine eigene Aufgabenart. Das sind  
49 verwaltungsinterne Aufgaben, die in jeder Behörde anfallen, wie etwa Facility  
50 Management, Digitalisierung, Personal, Weiterbildung. Durch die stärkere  
51 Bündelung bei gesamtstädtischen Dienstleistungen stellen wir sicher, dass diese  
52 einheitlich in der gesamten unmittelbaren Landesverwaltung wahrgenommen werden.

53 Über diese grundsätzliche Aufgabenverteilung hinaus sehen wir wichtige  
54 Steuerungsaufgaben auch in den Bezirksämtern, denn für eine gesamtstädtische  
55 Steuerung braucht es auch eine transparente, dezentrale Verantwortung in unseren  
56 zwölf „Großstädten“. Deswegen werden wir die Rolle der  
57 Bezirksbürgermeister\*innen weiterentwickeln.

58 Zu jeder Aufgabe gehören die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen.  
59 Als Grundsatz setzen wir dabei auf die Umsetzung des Konnexitätsprinzips.  
60 Gemeint ist damit, dass die Instanz (Staatsebene), die über eine Aufgabe  
61 entscheidet, auch für die Finanzierung verantwortlich ist. Vereinfacht: "Wer  
62 bestellt, bezahlt". Wenn also Senatsverwaltungen für ihr Politikfeld  
63 gesamtstädtische Verantwortung übernehmen, sind sie auch dafür verantwortlich,  
64 dass die Bezirke die nötigen Ressourcen zur Verfügung haben, um Ihre Aufgaben zu  
65 erfüllen. Damit wollen wir das verantwortungslose „mit dem Finger auf die  
66 Bezirke zeigen“ beenden.

67 Die neue Aufgabenverteilung wird in der Geschäftsverteilung des Senats, dem  
68 Berliner Produktkatalog sowie dem Zuständigkeitskatalog nach Politik- und  
69 Querschnittsfeldern gegliedert. Dies macht transparent, welche Behörden an einem  
70 Themenfeld beteiligt sind, kooperieren müssen und wie viel Geld für jedes  
71 Politikfeld insgesamt zur Verfügung steht. In der Konsequenz können Aufgaben und  
72 Ressourcen neu verteilt werden.

### 73 **Unser Vorschlag an einem Beispiel:**

74 Seit Jahren können die Bezirke Ihrer Aufgaben zur Grünpflege auch aus  
75 Ressourcengründen nicht angemessen nachkommen. Um dem entgegenzuwirken, hat die  
76 für Umwelt zuständige Senatsverwaltung Verantwortung für Ihr Politikfeld  
77 übernommen und ist systematisch dafür eingetreten, dass mit der Grünbauoffensive  
78 zusätzliche Ressourcen für diese Aufgabe bereit stehen und hat sichergestellt,  
79 dass die Mittel wirkungsvoll eingesetzt werden.

### 80 **2) Behörden-Ping-Pong vermeiden: Mut, Aufgaben in klare Verantwortlichkeit** 81 **abzugeben**

82 Viele Probleme können nur gemeinsam von Land und Bezirken gelöst werden. Damit  
83 die Erledigung von Aufgaben schnell erfolgt, statt sie zwischen Behörden hin und  
84 herzuschieben, braucht es eindeutige Prozesse, eine gemeinsame  
85 Ergebnisverantwortung und einen Mechanismus, der hilft, unklare Zuständigkeiten  
86 und Aufgaben verbindlich zuzuordnen.

87 Die Verantwortung für diesen Klärungsmechanismus muss zukünftig bei der  
88 Regierenden  
89 Bürgermeisterin liegen. Alle Teile der unmittelbaren Landesverwaltung sowie  
90 Träger öffentlicher Belange sollen jährlich Zuständigkeits- oder  
91 Ressourcenfragen bei der Senatskanzlei benennen, die aus der jeweiligen Sicht  
92 „strittig“ sind, weil Zuständigkeiten unklar geregelt, Aufgaben nicht mehr  
93 richtig zugeordnet oder die Ressourcen nicht mehr ausreichen, um die Aufgaben  
94 sachgerecht zu erfüllen.

95 In einem von der Senatskanzlei organisierten Verfahren erzielen der Rat der

96 Bürgermeister\*innen und der Senat in einem festgelegten Zeitraum Einvernehmen  
97 über die Verortung im Allgemeinen Zuständigkeitskatalog, der Geschäftsverteilung  
98 des Senats sowie im Produktkatalog, und verständigen sich über die nötigen  
99 Ressourcen. Wird innerhalb dieser Zeit kein Einvernehmen erzielt, entscheidet  
100 das Berliner Abgeordnetenhaus auf Vorschlag des für Verwaltung zuständigen  
101 Ausschusses.

102 Für das Jahr 2023 schlagen wir vor, diesen Mechanismus auf mindestens 20  
103 herausragende und komplizierte Verfahren aus verschiedenen Politikfeldern  
104 anzuwenden.

105 Der Bedarf für einen solchen Mechanismus wird auf absehbare Zeit bleiben, da  
106 sich neue Aufgaben ergeben, eine Aufgabe in einer anderen Qualität als früher  
107 erledigt werden soll oder die Digitalisierung neue Perspektiven bietet. Der  
108 Mechanismus bietet daher auch die Grundlage für eine stetige Weiterentwicklung  
109 der Aufgabenverteilung der Berliner Verwaltung.

#### 110 **Unser Vorschlag an einem Beispiel:**

111 Die alljährliche Debatte zur Kältehilfe: Die Bezirke sind für die Unterbringung  
112 zuständig. Sie  
113 mussten aber alle ungenutzten Immobilien an den Senat bzw. die Berliner  
114 Immobilienmanagement GmbH (BIM) abgeben. Die finanzielle Zuweisung für diverse  
115 Aufgaben... ist zu gering. Kurz: sie haben keine Chance die Aufgabe zu erfüllen.  
116 Was passiert Jahr für Jahr? Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und  
117 Soziales bezahlt eine Koordinierungsstelle Kältehilfe für die Akquise von  
118 Räumlichkeiten, die Senatsverwaltung für Finanzen schreibt mal früher, mal  
119 später, dass sie die Kosten der Räumlichkeiten, die die (Senats-  
120 )Koordinierungsstelle Kältehilfe organisiert, übernimmt. Und am Ende der  
121 Kältehilfesaison ist allen klar: Beim nächsten Mal lösen wir die Aufgabe  
122 effizienter. Leider fehlt das Zeitlimit.

123 Wir sind überzeugt, das Ergebnis der Zuständigkeitsklärung wäre: Wir geben die  
124 Aufgabe  
125 inklusive Finanzierung an die Koordinierungsstelle Kältehilfe und verankern  
126 diese in einem  
127 Landesamt mit der entsprechenden Fachkompetenz Unterbringung im Politikfeld  
128 Soziales,  
129 vermutlich dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Aufgaben und  
130 Ressourcen  
131 sind damit in einer Hand. Für die konkrete Aufgabe eine sachgerechte Lösung.

#### 132 **3) Digitalisierung: E-Akte und digitales Bürgeramt**

133 Fehlende Digitalisierung verlangsamt Verwaltungshandeln in allen Bereichen und

134 frustriert. Sie überlastet die Bürgerämter, bindet massive Personalressourcen in  
135 allen Behörden, verlängert Genehmigungsverfahren und schafft durch fehlende  
136 Datenverfügbarkeit ein enormes Transparenzdefizit.

137 Digitalisierung ermöglicht, dass Bürgeramtstermine gar nicht erst nötig werden.  
138 Denn eine  
139 Wohnungsummeldung kann auch online erfolgen. Der Projektstand von Baumaßnahmen  
140 sollte jederzeit online einsehbar sein. Dann wissen interessierte Bürger\*innen  
141 auch ohne Anfrage beim Amt Bescheid, was in unserer Stadt passiert. Und die E-  
142 Akte ermöglicht mobiles und zeitgemäßes Arbeiten in der Berliner Verwaltung.  
143 Dadurch gewinnt der Arbeitsplatz Attraktivität, um Fachkräfte der Zukunft zu  
144 gewinnen.

145 Was wir dafür brauchen, ist eine schlankere und transparentere Struktur der  
146 Steuerung der  
147 Informations- und Kommunikationstechniken (IKT-Steuerung). Digitalisierung muss  
148 nicht nur auf dem Papier Priorität haben und von den Bedürfnissen der Berliner  
149 Bürger\*innen und der Wirtschaft her gedacht werden. Von anderen Bundesländern,  
150 die uns voraus sind, wollen wir lernen. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns für  
151 gemeinsame Digitalisierungslösungen stark. Einem Anwohnerparkausweis ist es  
152 egal, ob das Auto in Berlin oder in Dortmund parkt. Der Onlineservice in Berlin  
153 muss sich daher nicht von dem anderer Kommunen unterscheiden.

154 Für dieses Vorhaben ist die Einführung der E-Akte zentral. Anders als bisher  
155 durch die IKT-Steuerung vorgesehen, muss diese allerdings landesweit gedacht  
156 werden - also auch als Mittel der Kommunikation zwischen Behörden dienen.  
157 Voraussetzung dafür ist, dass die Senatsverwaltungen im Rahmen ihrer  
158 Verantwortlichkeit für die Digitalisierung in ihrem Politikfeld die nötigen  
159 Anbindungen bestehender und neuer Fachverfahren zeitnah realisieren. Die für  
160 Digitalisierung zuständige Verwaltung muss durch Basisdienste die gesamte  
161 Verwaltung mit den nötigen Tools ausrüsten. Denn nichts ist weniger  
162 zukunftsfähig, als Digitalisierung in jedem Bezirk oder jeder Senatsverwaltung  
163 eigenständig zu erfinden.

#### 164 **Unser Vorschlag an einem Beispiel:**

165 In vielen Städten werden Anwohnerparkausweise vollautomatisch versandt. Eine  
166 Anmeldung  
167 genügt, und das Geld wird alle zwei Jahre abgebucht und die Vignette verschickt.  
168 Berlin  
169 scheitert seit zehn Jahren an dieser Aufgabe, da die beiden dafür nötigen  
170 Register -Melde-  
171 register und Fahrzeugregister- nicht miteinander kommunizieren. Trotz Hinweisen  
172 aus den

173 Bezirken baut Berlin aktuell einen neuen Prozess, der genau diese Schnittstelle  
174 erneut  
175 auslöst. Für Bündnis 90/Die Grünen ist klar: Digitalisierung muss immer  
176 durchgehend  
177 medienbruchfrei gedacht werden. Mit einer Konkretisierung im E-Governmentgesetz  
178 wollen  
179 wir die Schlupflöcher für Senatsverwaltungen schließen.

#### 180 **4) Dynamisches Arbeiten und ermutigende Personalführung**

181 In einer guten Verwaltung hilft man sich gegenseitig. Motivierte und gut  
182 qualifizierte Beschäftigte sind dabei die wichtigste Ressource. Die Arbeit für  
183 den Staat und die Gesellschaft ist sinnstiftend, sie muss aber auch Freude  
184 machen und den Kriterien für gute Arbeit entsprechen. Das ist heute nicht immer  
185 der Fall. Die Arbeitsbedingungen müssen attraktiv sein, das Management soll  
186 Führungernst nehmen, Strukturen müssen lösungsorientiert gedacht werden und die  
187 Abläufe von Kooperation und Wertschätzung geprägt sein. Nur dann kann die  
188 Berliner Verwaltung ihre vorhandenen Ressourcen und Potentiale bestmöglich  
189 einsetzen.

190 Wir wissen heute schon, dass der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren  
191 deutlich mehr Flexibilität von der Verwaltung erfordern wird. Gleichzeitig  
192 steigen durch multiple Krisen die Anforderungen an das Management der Behörden.  
193 Es wird mehr als heute nötig sein, Verantwortung für das Funktionieren des  
194 Gesamtsystems zu übernehmen und das versäulte Denken durch die sektoralen  
195 Aufteilung von Zuständigkeiten und Aufgabenbereichen abzulegen. Dafür braucht es  
196 einen neuen Führungsstil in der Berliner Verwaltung. Führungskräfte müssen in  
197 ihren Entscheidungen immer auch das Funktionieren des Gesamtsystems in den Blick  
198 nehmen.

199 Die Vielfalt der Beschäftigten soll die Vielfalt der Stadtgesellschaft  
200 widerspiegeln. Deswegen muss ein neuer Führungsstil Diskriminierungen  
201 entgegenwirken, eine Willkommenskultur etablieren, Engagement unterstützen,  
202 Vielfalt fördern und Arbeitsplätze attraktiv gestalten. Mit zeitgemäßer  
203 Arbeitsplatzausstattung, guten Arbeitsbedingungen und flexiblen Arbeitsmodellen  
204 in der Verwaltung locken und binden wir kluge Köpfe. Auch die  
205 Einstellungsprozesse müssen hierzu angepasst werden.

206 Die Gewinnung und Qualifizierung von Personal muss dabei auch strukturell neu  
207 aufgestellt werden. Wir schlagen vor, dass jeder Bezirk für einen anderen  
208 Aufgabenbereich gemeinsam mit der verantwortlichen Senatsverwaltung  
209 Musteraufgabenbeschreibungen erstellt, damit Ausschreibungen in allen Bezirken  
210 schnell und effizient gestaltet werden und Stellen mit denselben  
211 Aufgabenprofilen gleich bewertet sind, egal in welchem Bezirk die Arbeit

212 erledigt wird. Es sollen darüber hinaus alle personalwirtschaftlichen  
213 Möglichkeiten genutzt werden, um die Flexibilität der Beschäftigten in  
214 dringenden Einsatzsituationen zu fördern und zu unterstützen. Temporäre  
215 Abordnungen in „notleidende“ Bereiche sollten honoriert und im Rahmen der  
216 Personalentwicklung positiv bewertet werden.

#### 217 **Unser Vorschlag an einem Beispiel:**

218 Shared Service Angebote tragen zu einem schnellen Onboarding bei. Beispielhaft  
219 hat die enge Zusammenarbeit von Senatsverwaltung für Finanzen und dem Bezirk  
220 Neukölln zu Beginn der Fluchtbewegung gezeigt, welche Potentiale ein Miteinander  
221 der Verwaltungsebenen haben kann. Durch die enge Zusammenarbeit konnte in der  
222 Krise durch eine Geschäftsstelle beim Bezirk Neukölln ein wesentlicher Teil der  
223 Personalakquise für andere Bezirke übernommen werden. Dem Beispiel folgend wird  
224 dies aktuell für das schnelle Einstellen von Personal zur Bearbeitung von  
225 Wohngeld und zur Vorbereitung der Wahlen ausgeweitet.

#### 226 **5) Gesamtstädtische Steuerung verankert in unserer Verfassung**

227 Berlin braucht allein schon wegen seiner Größe eine gesamtstädtische Steuerung  
228 und dezentrale Verantwortung. Zu Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer  
229 Bedeutung werden wir ressort- und ebenenübergreifende Planungen und Strategien  
230 entwickeln und die zur Umsetzung nötigen Zielvereinbarungen mit den Bezirken  
231 schließen.

232 Die Senatskanzlei hat im letzten Jahr einen solchen Prozess zwar mit einem  
233 großen Event begonnen, ist aber bisher nicht durch große Leidenschaft  
234 aufgefallen, an den Details der Umsetzung zu arbeiten. Bündnis 90/Die Grünen  
235 räumen dem Prozess die nötige Priorität ein. Gleichzeitig wollen wir einen Weg  
236 finden, um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen gesetzten Ziele  
237 auch erreicht werden.

238 Wir setzen uns daher weiter dafür ein, die Fachaufsicht der jeweils zuständigen  
239 Senatsverwaltung zur Umsetzung von **Zielvereinbarungen** mit den Bezirken  
240 einzuführen. Zielvereinbarungen sind eine Möglichkeit, gemeinsam neue Standards  
241 zu definieren bzw. die einheitliche Leistungserbringung in allen Bezirken zu  
242 gewährleisten. Die verantwortliche Senatsverwaltung ist hier in der  
243 Umsetzungsverantwortung. In Projektvereinbarungen kann die Erprobung neuer  
244 Aufgaben oder anderer Aufgabenerledigung erarbeitet werden.

245 All dies macht deutlich, dass auch ohne Verfassungsänderung viel möglich ist.  
246 Darüber hinaus gibt es aber Grenzen, die ohne eine Verfassungsänderung nicht  
247 überwindbar sind.

248 Für Bündnis 90/Die Grünen sind die Bezirke wichtige Orte lokaler Demokratie und  
249 aktiver Beteiligung. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die  
250 Parteien stellen Stadträt\*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis. Politische  
251 Verantwortlichkeit in den Bezirksämtern endet dabei bisher an den Grenzen des  
252 jeweiligen Geschäftsbereiches, wodurch es zur Blockade bei der Erfüllung  
253 wichtiger Aufgaben kommen kann. In der Berliner Verfassung ist dies mit den  
254 Sätzen: „Jedes Mitglied des Bezirksamts leitet seinen Geschäftsbereich in  
255 eigener Verantwortung.“ verankert. Damit ist jede diese\*r insgesamt 72  
256 Stadträt\*innen im jeweiligen Aufgabengebiet „allein“ zuständig. Dieses Prinzip  
257 kann nur durch eine Anpassung der Berliner Verfassung geändert werden.

258 Unser Ziel ist es, ein „**politisches Bezirksamt**“ wieder einzuführen. Nur so wird  
259 für die Bürger\*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik im  
260 Bezirk in der Verantwortung stehen.

#### 261 **Unser Vorschlag an einem Beispiel:**

262 Die BVV wählt das Bezirksamt entsprechend ihrer Mehrheit. Mit dem politischen  
263 Bezirksamt  
264 können die Einwohner\*innen des jeweiligen Bezirks die politische Verantwortung  
265 für das  
266 Verwaltungshandeln im Bezirk klarer nachvollziehen. Statt der bisherigen inneren  
267 Blockade  
268 kann eine politische Mehrheit schneller Entscheidungen treffen und effektiver  
269 umsetzen. Um  
270 bezirkliche Koalitionswechsel während der Legislaturperiode zu ermöglichen,  
271 entfällt die  
272 Zweidrittelmehrheit zur Abwahl von Bezirksamtsmitgliedern. Die Abwahl kann aber  
273 nur durch  
274 ein "konstruktives Misstrauensvotum" erfolgen, d.h. sie muss mit der Neuwahl von  
275 BA-  
276 Mitgliedern verbunden werden.

277 Eins ist sicher: Auch zukünftig werden wir uns Krisen stellen müssen. Das  
278 gelingt nur mit einer widerstandsfähigen und gleichzeitig anpassungsfähigen  
279 Verwaltung. Darum gilt es jetzt die Verwaltung ernsthaft und aus einer Hand zu  
280 reformieren: Gemeinsam im Bündnis, gesamtstädtisch, grün!

#### 281 **Antragsteller\*innen:**

282 Landesvorstand

283 Jana Borkamp

284 Peter Broytman

285 Werner Graf

286 Monika Hermann

287 Julia Schneider

288 Stefan Ziller